
PRESSEMITTEILUNG zum Internationalen Tag der Bildung am 24. Januar 2023: Geflüchtete haben das gleiche Recht auf Bildung wie alle anderen Menschen: Modellprojekt Afghanische Online-Universität fördern

[Wiesbaden, 23.01.2023] Inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung für alle – weltweit und auch für Menschen in Krisengebieten oder auf der Flucht – fordert der World University Service (WUS) anlässlich des Internationalen Tages der Bildung am 24. Januar 2023.

Aktuell sind rund 103 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht; 42 Prozent davon sind unter 18 Jahre alt. Bereits 2019 machte die UNESCO in ihrem Weltbildungsbericht zu Flucht und Migration darauf aufmerksam, dass einige Länder Kinder von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten aus ihren nationalen Bildungssystemen teilweise oder sogar komplett ausschließen. Die multiplen Krisen weltweit zeigen aktuell, wie schnell hart erkämpfte Fortschritte im Bildungsbereich zerstört werden können.

Zum diesjährigen Internationalen Tag der Bildung sagt Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des WUS: „Es ist eine der zentralen Aufgaben jeder demokratischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft, das Menschenrecht auf Bildung weltweit im Jahr 75 nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen zu sichern – auch für Menschen in Krisengebieten oder auf der Flucht. Bildung trägt zur Entwicklung eines jeden Menschen, der Gesellschaft und somit zum Frieden und zur Gerechtigkeit bei.“

Insbesondere zur Situation von Frauen in Afghanistan sagt Dr. Ghawami: „Bis Weihnachten 2022 glaubte die Mehrheit der Weltgemeinschaft den Versprechungen der Taliban in Afghanistan, dass sie ihrer Steinzeitideologie abgeschworen haben und auch Mädchen sowie Frauen ihr Menschenrecht auf Bildung nicht verwehren. Umso größer war das Erstaunen über die Bescherung: kein Schulunterricht und keine Studienmöglichkeiten für Studentinnen. Daher ist es dringender denn je, die Initiative afghanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Gründung einer Afghanischen Online-Universität zu realisieren und die zahlreichen privaten Online-Angebote im Exil lebender Afghaninnen und Afghanen zu unterstützen, die Mädchen in Afghanistan eine minimale Schulbildung ermöglichen. Diese informellen Lehrangebote sind die einzige Möglichkeit für Mädchen, in Afghanistan ihr Menschenrecht auf Bildung wahrzunehmen.“

Zum Engagement Deutschlands betont Dr. Ghawami: „Deutschland zeigt bei der Integration von Geflüchteten Fortschritte mit Investitionen in Sprachkurse und Maßnahmen zur Anerkennung von Berufsabschlüssen. Jedoch zeigt die ungleiche Behandlung von Geflüchteten aus Drittstaaten seit Beginn des Krieges in der Ukraine, dass hier noch Handlungsbedarf seitens der Bundesregierung besteht.“

„Inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung für alle im Sinne der Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen bedeutet auch, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen zu stärken. Hierzu ermutige ich die Bundesregierung und die 16 Deutschen Länder, entwicklungspolitische Bildungsprojekte in Deutschland nachhaltig zu fördern und die Lehrpläne an den ‚Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung‘ der gemeinsam von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt wurde, anzupassen“, so Dr. Ghawami abschließend.

World University Service setzt sich seit über 100 Jahren für das Menschenrecht auf Bildung ein. Für Interviewanfragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Carlos dos Santos unter infostelle3@wusgermany.de, Tel. 0611 9446170.